

Ideologie oder Strategie? Polnischer Euroskeptizismus nach dem EU-Beitritt

Gaisbauer, Helmut P.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gaisbauer, H. P. (2006). Ideologie oder Strategie? Polnischer Euroskeptizismus nach dem EU-Beitritt. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 35(2), 173-187. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-64086>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Helmut P. Gaisbauer (Salzburg)

Ideologie oder Strategie?

Polnischer Euroskeptizismus nach dem EU-Beitritt

Knapp zwei Jahre nach dem EU-Beitritt Polens versucht dieser Beitrag festzustellen, inwieweit sich euroskeptische Haltungen und Positionen in Polen verändert haben. Dabei unterscheidet er zunächst zwischen „direktem Euroskeptizismus“ der WählerInnen und „repräsentiertem Euroskeptizismus“. Ausgehend vom Befund, dass die Wahlen zur Europäischen Parlament im Juni 2004 aus polnischer Sicht als klassische second order elections zu gelten haben, unternimmt dieser Beitrag eine Analyse der Position der verschiedenen Parteien in den Wahlkämpfen zur EP-Wahl und der Bezugnahmen auf den Europäischen Verfassungsvertrag. In einer Gegenüberstellung zweier Modelle zur Erfassung von „repräsentiertem Euroskeptizismus“ wird herausgearbeitet, inwieweit die respektiven Positionen ideologisch bedingt sind oder eher strategisch als Reaktion auf den Parteienwettbewerb zu Stande kommen. Dabei kommt der Beitrag zu dem Schluss, dass die Mehrzahl der euroskeptischen Positionen als strategisch zu bewerten ist.

*Keywords: Euroskeptizismus, Polen, second order elections, EU-Erweiterung, EU-Beitritt
Eurocepticism, Poland, second order elections, EU enlargement, EU accession*

1. Einleitung

Dieser Beitrag nimmt die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 zum Ausgangspunkt, um nach knapp zwei Jahren EU-Mitgliedschaft nachzufragen, inwieweit sich Ausmaß und Trägerschaft des Euroskeptizismus in Polen mit dem EU-Beitritt verändert haben. Sowohl die niedrige Wahlbeteiligung als auch die konkreten Ergebnisse geben zu einer näheren Untersuchung des Euroskeptizismus Anlass. Dabei wird zunächst zwischen *unmittelbarem Euroskeptizismus* der Wählerinnen und Wähler und *repräsentiertem Euroskeptizismus* unterschieden.

In einem ersten Schritt werden die Wahlergebnisse zum Europäischen Parlament untersucht und es wird geklärt, inwieweit sich diese Wahlen aus polnischer Sicht in das Erklärungsmuster von *second-order elections* einordnen lassen (Reif/Schmitt 1980; Marsh 1998; Schmitt 2005).

Im zweiten Abschnitt werden zwei konkurrierende Ansätze zur Operationalisierung von repräsentiertem Euroskeptizismus einander gegenüber gestellt und auf ihre Erklärungskraft für das polnische Fallbeispiel getestet. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht die Frage, ob euroskeptische Parteipositionen eher durch Ideologie oder durch strategische Überlegungen erklärbar sind. Die aus der empirischen Analyse gezogenen Schlussfolgerungen dienen als Ansatzpunkte für weitere Überlegungen und leisten damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Konzepte und Theorien zur Messung von Euroskeptizismus.

2. Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 aus polnischer Sicht

Wenige Wochen nachdem Polen mit sieben anderen mittel- und osteuropäischen Staaten der EU beigetreten war, fanden die Wahlen zum

Europäischen Parlament statt. Diese Wahlen waren als „the world’s biggest transnational election“ (Chan 2004, 4) bezeichnet worden; mehr als 350 Millionen Wahlberechtigte waren aufgerufen, daran teilzunehmen. Des Weiteren war darauf hingewiesen worden, dass das aus diesen Wahlen hervorgehende Parlament sowohl das größte hinsichtlich der Zahl seiner Abgeordneten wie auch das mit den meisten Kompetenzen ausgestattete Europäische Parlament in der Geschichte der Union sein würde (Chan 2004, 4; Schmitt 2005, 652f). Welche konkreten Ergebnisse brachten nun die Wahlen aus polnischer Sicht?

15 Gruppierungen hatten um die 54 Sitze konkurriert, die Polen im Beitrittsvertrag zugesprochen bekommen hatte¹. Nur acht hatten laut Meinungsumfragen eine realistische Aussicht auf Erfolg: die regierende *Allianz der Demokratischen Linken – Arbeiter Union* (SLD-UP²), die *Bauernpartei* (PSL³), *Bürgerplattform* (PO⁴), *Selbstverteidigung* (SO⁵), die neu gegründete *Polnische Sozialdemokratie* (SdPL⁶), sowie die *Liga der Polnischen Familien* (LPR⁷), *Recht und Gerechtigkeit* (PiS⁸) und die einzige nicht im Parlament vertretene Partei *Freiheitsunion* (UW⁹). Tabelle 1 präsentiert die Stimm-

verteilung und die daraus resultierenden Sitze im Europäischen Parlament. Zur Orientierung wird die derzeitige Zugehörigkeit zu den europäischen Parteienfamilien angegeben.

Von jenen vier Parteien, die mehr als 10 % der Stimmen erreichten, hatte nur die stimmenstärkste – die rechtsliberale PO – eindeutig ein pro-europäisches Profil. Zwei Parteien – die populistische Bauernpartei SO von *Andrzej Lepper* sowie die rechtskatholisch-nationalistische LPR unter *Roman Giertych* – waren von KommentatorInnen als offen anti-europäisch bewertet worden (Taggart/Szczerbiak 2002a). Die später sowohl aus den Parlamentswahlen wie auch aus den Präsidentschaftswahlen im Herbst 2005 als Siegerin hervorgegangene national-konservative Partei PiS war aufgrund des Wahlkampfes ebenfalls als euroskeptisch beurteilt worden (Szczerbiak 2004). Dies bedeutet einen Stimmenanteil von 26,7% für offen anti-europäische Parteien bzw. von 39,4% für offen oder tendenziell euroskeptische Parteien. Darüber hinaus sollte nicht vergessen werden, dass die als pro-europäisch eingestufte PO mit ihrem Slogan „Nizza oder der Tod“ jenes inflexible Verhalten der polnischen Regierung verursacht hatte, das maßgeblich zum Scheitern der

Tabelle 1: Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 in Polen

Partei	% gültigen Stimmen	Sitze im EP	Parteienfamilie
PO	24	15	EVP-ED
LPR	15,9	10	ID
PiS	12,7	7	UEN
SO	10,8	6	k. F./PSE
SLD-UP	9,3	5	PES
UW	7,3	4	ALDE
PSL	6,3	4	EVP-ED
SdPL	5,3	3	PSE
Andere	8,4	–	–
Total	100	54	

Quelle: <http://www.elections2004.eu.int/ep-elections/sites/de/index.html>.

Anmerkung: EVP-ED (Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischen Demokraten); ID (Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie); UEN (Fraktion Union für das Europa der Nationen); k. F. (keine Fraktionszugehörigkeit); PSE (Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament); ALDE (Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa).

Regierungskonferenz im Dezember 2003 beigetragen hat (Gaisbauer 2005a; Maurer/Schunz 2004). Die PO, obwohl ansonsten deutlich pro-europäisch, hatte sich mit dieser Positionierung deutlich von der SLD-UP-Regierung und ihrem bedingungslos pro-europäischen Kurs abgesetzt.

Somit haben mit beinahe 40% antieuropäische und euroskeptische Parteien außerordentlich hohe Zustimmungsraten bei den EP-Wahlen erzielt. Demgegenüber hatten beim Referendum über den EU-Beitritt exakt ein Jahr zuvor noch 77,5% der polnischen BürgerInnen, die teilgenommen hatten, eine Mitgliedschaft befürwortet. War das neue EU-Mitglied Polen nach nicht einmal zwei Monaten der Mitgliedschaft somit deutlich euroskeptischer als vor dem Beitritt? Haben etwa die Kampagnen der antieuropäischen Parteien derart Wirkung ge-

zeigt, dass ein großer Teil der polnischen Wählerschaft euroskeptische Einstellungen angenommen hat? Ein weiteres Datum aus den EP-Wahlen scheint diese Annahme zunächst zu bestätigen. Polen hat mit nur 20,9% Wahlbeteiligung – und damit der zweitniedrigsten innerhalb der EU – wesentlich dazu beigetragen, dass sich der Rückgang der Beteiligung an den Europawahlen weiter fortsetzte. Insgesamt nahmen nur 45,7% der EU-BürgerInnen ihr Wahlrecht in Anspruch, was den bisherigen Tiefpunkt von 49,8% bei den vorangegangenen Wahlen im Jahr 1999 noch deutlich unterbot (European Commission 2004, 4).

Mit Blick auf die Wahlen im polnischen Superwahljahr 2005, bei denen die euroskeptische Partei PiS die pro-europäische PO trotz ihrer Führerschaft in den meisten Umfra-

Tabelle 2: Ergebnisse der Wahlen zum polnischen Sejm 2005

Partei	Stimmenanteil 2005 in Prozent	2001	Veränderung zu 2001 in Prozent	Europapolitische Orientierung
PiS	27,0	9,5	+17,5	–
PO	24,1	12,7	+11,4	+/-
SO	11,4	10,2	+1,2	–
SLD	11,3	41,0	-29,7	+
PSL	7,0	8,9	-1,9	+/-
LPR	8,0	7,9	+0,1	–
SdPL	3,9	–	+3,9	+
Wahlbeteiligung	40,6 %		46,3 %	

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza (2001; 2005a); eigene Zusammenstellung.

Tabelle 3: Ergebnisse der Präsidentschafts-Wahlen 2005

Kandidat	Partei	Stimmenanteil in Prozent 1. Wahldurchgang	Stimmenanteil in Prozent 2. Wahldurchgang
Marek Borowski	SdPL	10,3	
Lech Kaczyński	PiS	33,1	54
Andrzej Lepper	SO	15,1	
Donald Tusk	PO	36,3	46
Wahlbeteiligung		49,7	51

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza (2005b); eigene Zusammenstellung.

Anmerkung: Kandidaten mit einem Erfolg von unter 2% sind nicht genannt.

gen sowohl in den Wahlen zum Sejm als auch bei den Präsidentschaftswahlen zu schlagen vermochte (vgl. Tabelle 2 bzw. 3), stellt sich zudem die Frage, ob diese euroskeptische Grundstimmung weiter anhält und zu einem bestimmenden Faktor der polnischen Europapolitik geworden ist.

Es liegt auf der Hand, dass diese ersten Befunde einer näheren Analyse bedürfen, um die Gültigkeit und Reichweite der implizierten Aussage feststellen zu können. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Problematik der *second-order* Natur der Wahlen zum Europäischen Parlament ist zunächst davon auszugehen, dass europäische Themen und Ideologien nur eine Nebenrolle bei der Wahlentscheidung gespielt haben. Um dieser Frage näher auf den Grund zu gehen, wird also zunächst untersucht, ob es sich bei den Wahlen zum EP tatsächlich um *second-order elections* gehandelt hat.

Betrachtet man die Frage der Zweitrangigkeit von europäischer Orientierung auf Parteebene, so stellen sich indes weitere Probleme: *Erstens* stellt sich auf theoretischer Ebene die Frage, wie euroskeptische Haltungen der Wählerschaft (unmittelbarer Euroskeptizismus) mit dem von den Parteien repräsentierten Euroskeptizismus zusammenhängen. Dieser Frage widmen sich eine Reihe von theoretischen Ansätzen (Taggart/Szczerbiak 2001; 2002a; 2002b; Chan 2004; Kopecký/Mudde 2002; Mudde 2004), die im Anschluss an die Auseinandersetzung mit dem unmittelbaren Euroskeptizismus in fokussierter Weise präsentiert und anhand des polnischen Fallbeispiels auf Aussagekraft und Leistungsfähigkeit überprüft werden sollen. Denn, *zweitens*, auch wenn eine nur schwache Beziehung zwischen Elektorat und Parteiposition in Fragen der europapolitischen Orientierung bestehen sollte, so ist doch Tatsache, dass im faktischen politischen Geschäft im Europäischen Parlament eben jene europapolitische Orientierung zur Geltung kommt. Als Beleg sei an die Kampagne der *Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie* anlässlich der Abstimmung im EP über den Europäischen Verfassungsvertrag im Januar 2005 erinnert, als die Abgeordneten der LPR und jene der *UK Independent Party* mit den *Not in my name*-Schil-

dern europaweit für Aufsehen sorgten. Von besonderem Interesse ist daher, ob sich der repräsentierte Euroskeptizismus bestimmter Parteien eher als Strategie zur Wählerstimmenmaximierung erweist oder eher ideologische Gründe hat. Für den ersten Fall kann eine gewisse Flexibilität in europapolitischen Fragen erwartet werden, für den zweiten eher eine nachhaltig euroskeptische Herangehensweise an die parlamentarische Tätigkeit im EP.

3. Unmittelbarer versus repräsentierter Euroskeptizismus

Euroskeptizismus ist ein Begriff, der in der öffentlichen Debatte für eine große Reihe von Phänomenen herangezogen wird, so dass er Träger sehr unterschiedlicher Bedeutungen ist. Um diesen Begriff für den vorliegenden Beitrag ausreichend zu definieren und ihm Konturen zu verleihen, ist es daher notwendig zunächst zwei Dimensionen zu unterscheiden: *unmittelbaren Euroskeptizismus*¹⁰ als Einstellung und handlungsleitendes Moment der europäischen WählerInnen einerseits und *repräsentierten Euroskeptizismus*¹¹ politischer Parteien, manifestiert in Programmatik, politischem Diskurs oder praktisch-politischem Handeln, andererseits.

Zu unmittelbarem Euroskeptizismus liegen eine Reihe von vergleichenden Studien vor, die die Akzeptanz des europäischen Integrationsprozesses untersuchen (Andersen/Kaltenthaler 1996; Arnaud 2000; Borre 2000; Kritzinger 2003; Lawler 1997; Milner 2000). Ein fundamentales Problem ist diesen Untersuchungen aber gemeinsam: der Mangel an Daten, die dieses Phänomen in direkter Weise messen (Sørensen 2004, 4). Der vorliegende Beitrag versucht, dieses Problem durch einen Umweg über die Theoretisierung von repräsentiertem Euroskeptizismus zu entschärfen. Ist dieser v. a. durch strategisches Handeln der Parteien zu erklären, so bedeutet dies ein loses und von vielen Determinanten bestimmtes Verhältnis zwischen direktem und repräsentiertem Euroskeptizismus, was die theoretische Bedeutung des direkten Euroskeptizismus (als unabhängi-

ge Variable) relativiert. Das Gegenteil ist der Fall, wenn repräsentierter Euroskeptizismus vor allem ein (partei-)ideologisches Problem darstellt.

In Vorbereitung auf eine Konzeptualisierung von repräsentiertem Euroskeptizismus, die die Frage des Verhältnisses zu unmittelbarem Euroskeptizismus zulässt, wird zunächst analysiert, inwieweit die EP-Wahlen 2004 aus polnischer Sicht *second-order elections* waren.

4. Sind die EP-Wahlen aus polnischer Sicht *second-order elections*?

Analysen des innenpolitischen Kontextes der Europawahlen sowie der Wahlkampagnen der verschiedenen Parteien kommen zu dem Schluss, dass für Polen (und teils für die anderen mittel- und osteuropäischen Neumitglieder der Union), die Wahlen „a not so European Event“ (Kenneth Chan) gewesen seien (Chan 2004; Cybulska 2004; Szczerbiak 2004). Lassen sich diese Befunde anhand des theoretischen Konstrukts der *second-order elections* (Reif/Schmitt 1980; Marsh 1998; Schmitt 2005) stützen? Und was kann daraus sowohl theoretisch als auch analytisch geschlossen werden?

Hermann Schmitt hat in einer Analyse zu den EP-Wahlen 2004 das Konstrukt der *second-order elections* erneut getestet und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass sich die Ergebnisse der EU-15 nur schwer mit jenen der acht neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten vergleichen lassen. Dies hänge vor allem mit den noch nicht stabilisierten Parteiensystemen zusammen (Schmitt 2005, 666). Ist das Konstrukt demnach unbrauchbar für eine Bestimmung des Charakters der EP-Wahlen aus mittel- bzw. osteuropäischer Sicht? Im Folgenden wird eine Analyse aus polnischer Sicht versucht. Hintergrund ist die zu vermutende bessere Anwendbarkeit des Modells aufgrund der in der Zwischenzeit abgehaltenen *first-order elections* zum Sejm im Herbst 2005 und der niederen Abstraktionsebene, die ein genaueres Eingehen auf die konkrete politische Dynamik erlaubt. Das Modell wird v. a. von folgenden drei Hypothesen gestützt:

1. In *second-order elections* ist die Wahlbeteiligung niedriger als in *first-order elections*, weil die Mobilisierung und die mit ihr einhergehende Politisierung geringer ist.
2. Regierungsparteien schneiden in *second-order elections* schlechter ab als in *first-order elections*.
3. Wahlstrategische Überlegungen spielen in *second-order elections* eine geringe Rolle, was zur Folge hat, dass kleinere Parteien besser und große schlechter abschneiden als in *first-order elections*.

Die Wahlbeteiligung lag bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit 20,9% deutlich unter der Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Sejm im Jahr 2001 (46,3%). Die Sejm-Wahlen 2005 zeigen dabei einen Trend zur Abnahme der Wahlbeteiligung. 2005 ging nur 40,6% der Wahlberechtigten zur Urne, ein Minus von 5,7%. Die Präsidentenwahlen zeigten in beiden Durchgängen eine durchwegs höhere Mobilisierung der Wählerschaft: 49,7 bzw. 51% (Tabelle 3). Trotz dieses abnehmenden Trends liegt die Wahlbeteiligung bei den EP-Wahlen sehr deutlich unter den entsprechenden Werten der nationalen *first-order elections*. Hypothese 1 kann somit auch aufgrund der Wahlbeteiligung bei den Sejm-Wahlen 2005 als bestätigt angesehen werden.

Hingegen kann der Hypothese 2 vor dem Hintergrund der polnischen innenpolitischen Krise nur eingeschränkte Relevanz zugesprochen werden. Die notorisch geringen Werte an Unterstützung der Regierung, v. a. in der Zeit der Minderheitsregierung unter Premier *Leszek Miller*, der am Tag nach dem EU-Beitritt zurückgetreten war, ließen einen Erfolg der Regierungspartei SLD-UP in jeder Hinsicht unwahrscheinlich erscheinen, unabhängig davon, ob es sich um *first-order* oder *second-order elections* handeln würde. SLD-UP „erreichte“ bei den EP-Wahlen mit 9,3% (vgl. Tabelle 1) nur unwesentlich weniger Stimmen als bei den darauf folgenden Wahlen zum Sejm, bei denen sie als Regierungspartei abgewählt worden war (11,3%; vgl. Tabelle 2). Zieht man die Stimmen für die SLD-UP-Abspaltung SdPL mit in Betracht, so zeigt sich eine erstaunliche Konstanz im Stimmenanteil zwischen den EP- und

den Sejm-Wahlen. Beide Parteien gemeinsam erreichten 14,5% bei den EP-Wahlen bzw. 15,2% bei den Sejm-Wahlen (vgl. Tabellen 1 und 2).

Hypothese 3 ist vor dem Hintergrund der Instabilität des polnischen Parteiensystems zu bewerten. Vor diesem Hintergrund ist es schwer zu bestimmen, welche Partei als „klein“ zu werten ist. Tatsache ist, dass sich in den letzten Jahren die Auseinandersetzung um die Regierungsverantwortung zwischen den beiden großen Lagern links bzw. rechts der Mitte abspielt, wenn auch die Parteien, Partei- und Wahlbündnisse nur wenig konstant sind und von Wahl zu Wahl von ihren jeweiligen Nachfolgerinnen konkurriert bzw. abgelöst werden. Quer zu diesem links-rechts-Schema liegen die populistische Protestpartei SO und die PSL.

Aufgrund des vergleichbaren politischen Klimas sind die EP-Wahlen besser mit den Sejm-Wahlen 2005 als jenen aus dem Jahr 2001 zu vergleichen. Drei Parteien zeigen zwischen diesen beiden Wahlen größere Unterschiede: Am ehesten scheinen noch die beiden Parteien LPR und die UW in das Erklärungsmuster zu passen. LPR erhielt als radikale und populistische Partei – nicht nur in Europabelangen – bei den EP-Wahlen beinahe doppelt so viele Stimmen (15,9%) als bei den Sejm-Wahlen (8%, vgl. Tabelle 1 und 2). Die UW erreicht bei den EP-Wahlen 7,3% der Stimmen; sie war bereits im Jahre 2001 nicht mehr in den Sejm eingezogen. Die Tatsache, dass die UW 2005 auf Grund mangelnder Erfolgsaussichten nicht mehr zu den Sejm-Wahlen angetreten war, passt dabei in das Erklärungsmuster von Hypothese 3. Als dritte Partei mit auffällig unterschiedlichen Stimmenanteilen zwischen beiden Wahlen zeigt die nunmehrige Regierungspartei PiS das umgekehrte Muster. Sie erreichte bei den EP-Wahlen bloß 12,7% der Stimmen (Tabelle 1), während sie aus den darauf folgenden Sejm-Wahlen mit mehr als doppelt so vielen Stimmen (27%; vgl. Tabelle 3) als Siegerin hervorging. Der zweiten großen Protestpartei, der SO ist es hingegen nicht gelungen, zusätzliche Wähler zu mobilisieren, was jedoch das Modell an sich nicht in Frage stellt. Resümierend kann die EP-Wahl vor allem aufgrund der deutlichen Belegung von

Hypothese 1 aus polnischer Sicht als *second-order election* bezeichnet werden.

5. Niedrige Wahlbeteiligung als Zeichen eines steigenden polnischen Euroskeptizismus?

Reif/Schmitt (1980) versuchen mit ihrem Modell zu belegen, dass eine niedrige Wahlbeteiligung nicht als Zeichen einer Legitimationskrise der EU zu deuten sei. Die Flash-Eurobarometer Umfrage 162 zeigt für Polen ähnlich gewichtete Gründe für die Nichtteilnahme an den EP-Wahlen wie für den Großteil der anderen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten: 37% der Wahlberechtigten, die nicht an der Wahl teilnahmen, gaben einen „Mangel an Vertrauen in die Politik im allgemeinen“, 19% „kein Interesse an Politik“, 13%, dass die „Stimme ohnehin keine Auswirkung“ habe, als häufigsten Grund für die Nichtteilnahme an. Dagegen gaben nur 3% als Grund an, dass sie das Europäische Parlament als Institution ablehnen würden, 2% deklarierten ihre generelle Ablehnung der EU (European Commission 2004, 19). Andererseits zeigen andere Daten durchaus hohe Raten an kritischer Bezugnahme auf die EU:

- Polen weist das niedrigste Vertrauen in europäische Institutionen auf: nur 29% haben Vertrauen; 48% haben kein Vertrauen in sie (EU-Durchschnitt: 46% „Vertrauen“/45% „kein Vertrauen“) (European Commission 2004, 14 (Anhang)).
- Polen weist die niedrigste positive Einschätzung der eigenen Mitgliedschaft auf: 51% halten die Mitgliedschaft für eine gute Sache, 25% für eine schlechte Sache (EU-Durchschnitt: 70% „gute Sache“/21% „schlechte Sache“) (European Commission 2004, 20 (Anhang)).

Es ist sicherlich überzogen, die geringe Wahlbeteiligung als eine reine Manifestation von Euroskeptizismus zu interpretieren. Nach Szczerbiak (2004, 9) ist eine Interpretation als „*Eurosceptic backlash*‘ in which Poles turned their back on the EU ... an over-simplification at best“. Eine Gallup-Umfrage relativiert die

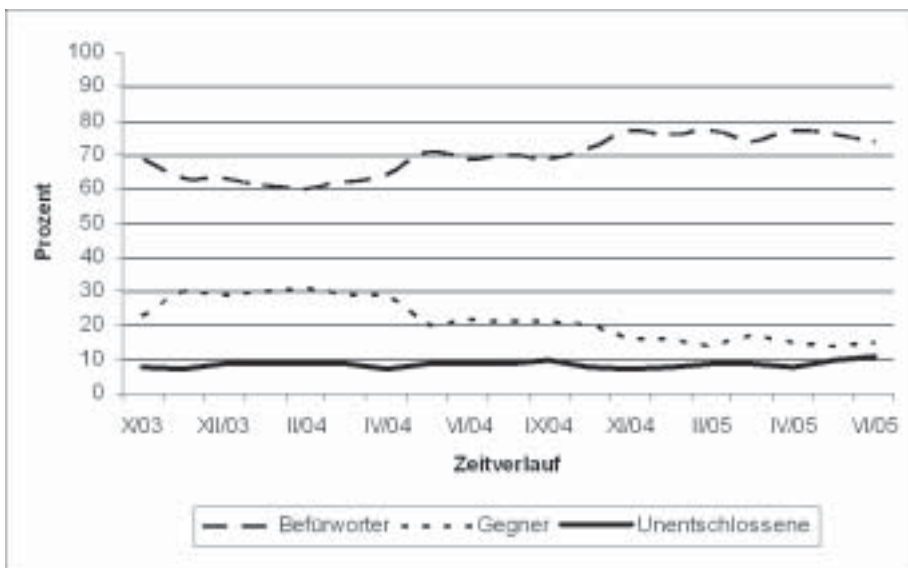
oben präsentierten Ergebnisse: unter den am meisten angegebenen Gründen für die Nichtteilnahme an den EP-Wahlen finden sich mit 71% der „Mangel an Informationen über die Rolle des EP“ und mit 62% „keine ausreichende Information“. Andererseits gaben 26% der Befragten an, nicht an den EP-Wahlen teilgenommen zu haben, weil sie gegen die EU seien (zitiert nach Szczerbiak 2004, 6f). Nimmt man diese Werte als erste Anhaltspunkte für eine grobe Einschätzung von Hypothese 2, so kann man angeben, dass die niedrige Wahlbeteiligung zumindest zu einem Viertel auf das Konto einer „Legitimitätskrise“ geht. Ein nicht insignifikanter, jedoch auch ein nicht zu überschätzender Wert.

Wie sind diese euroskeptischen Haltungen nun im Längsschnitt einzuschätzen? Haben sich diese Einstellungen mit dem EU-Beitritt verändert bzw. hat die tatsächliche Mitgliedschaft diese Haltungen in positiver oder negativer Hinsicht verändert? Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Befürwortung bzw. Gegnerschaft zur EU-Mitgliedschaft Polens im Zeitverlauf. Es zeigt sich, dass die Befürwortung seit dem Beitritt im Mai 2004 konstant höher liegt als vor

dem Beitritt. Gut drei Viertel aller Befragten geben regelmäßig an, dass die polnische EU-Mitgliedschaft eine gute Sache sei. Im Vergleich dazu sind die Gegner einer EU-Mitgliedschaft deutlich unter die 20% gefallen und scheinen sich bei 15% einzupendeln. Lässt man diese Werte als aussagekräftig gelten, so kann von einem *euroseptic backlash* bei den polnischen WählerInnen tatsächlich nicht gesprochen werden.

Die Analyse dieses Abschnittes ergibt somit das Bild einer robusten Unterstützung der polnischen EU-Mitgliedschaft durch die polnische Bevölkerung mit einem geringen, aber ebenso nachhaltigen Anteil an ausgeprägt anti-europäischen Haltungen. Des Weiteren kann die EP-Wahl aus polnischer Sicht deutlich als *second-order election* gewertet werden, sowohl was die Inhalte der Kampagnen, ihre Mobilisierungskraft, als auch was das Engagement der Wählerschaft betrifft. Zumindest für zwei kleinere Parteien konnte dabei der Effekt eines erhöhten Stimmenanteils nachgewiesen werden. Wenn auch die respektiven Parteien und Kandidaten nur in sekundärer Weise aufgrund ihrer europapolitischen Orientierungen gewählt wor-

Abbildung 1: Einstellung zur EU-Mitgliedschaft im Zeitverlauf



Quelle: Roguska (2005, 4).

den waren, so sind sie doch auch wegen oder zumindest unter Inkaufnahme dieses repräsentierten Euroskeptizismus gewählt worden. Im nächsten Abschnitt soll daher diesem Phänomen nachgegangen werden. Neben theoretischen Erwägungen stehen dabei auch Fragen der politischen Performanz auf dem Spiel. In welchem Ausmaß ist repräsentierter Euroskeptizismus ein nachhaltiges ideologisches Problem oder eine eher kurzfristigen taktischen Überlegungen geschuldete Herausforderung für die politische Arbeit des Europäischen Parlaments und die polnische Europapolitik generell?

6. Euroskeptizismus von Parteien zwischen Ideologie und Strategie

Stellt die Operationalisierung von Euroskeptizismus auf individueller Ebene bereits eine Schwierigkeit dar, so verschärft sich dieses Problem auf aggregierter Ebene, wie eine Analyse der entsprechenden Literatur zeigt. Im Folgenden werden zwei Ansätze zu einer Operationalisierung von repräsentiertem Euroskeptizismus vorgestellt und anhand des polnischen Fallbeispiels auf ihre Aussagekraft überprüft. In der abschließenden Zusammenfassung wird dann deren Leistungsfähigkeit resümiert und in einen Zusammenhang mit den Erkenntnissen aus der oben geleisteten Analyse bezüglich der *second-order* Natur der Europawahlen gestellt.

Taggart/Sczcerbiak (2002a; 2002b) entwickelten in mehreren Beiträgen ein Modell zur Kategorisierung von euroskeptischen Parteien, das im Wesentlichen auf einer Unterscheidung zwischen hartem und weichem Europaskeptizismus beruht. Repräsentierter Euroskeptizismus wird dabei als Ausdruck sowohl einer kontingenten oder qualifizierten Opposition als auch einer radikalen und unqualifizierten Gegnerschaft zur europäischen Integration verstanden (Taggart 1998, 366). Die Unterscheidung zwischen hartem und weichem Europaskeptizismus wird von den Autoren angesichts des breiten Elitenkonsenses über das allgemeine Ziel eines EU-Beitritts während des Beitrittsprozesses eingeführt. Damit wird eine Differenzierung zwischen einem Euroskeptizismus, der

außerhalb dieses Konsenses steht und einem Euroskeptizismus, der das Ziel einer Mitgliedschaft nicht in Frage stellt, wohl aber kritisch auf die Bedingungen dieses Beitritts bzw. der Mitgliedschaft Bezug nimmt, vorgenommen:

Hard Euroscepticism implies outright rejection of the entire project of European political and economic integration, and opposition to one's country joining or remaining a member of the EU. Theoretically, hard Euroscepticism include those who object in principle to the idea of any European economic or political integration. In practice the abstract notion of 'hard Euroscepticism' is expressed by a principled objection to the *current form* of integration in the EU on the grounds that it offends deeply held values or, more likely, is the embodiment of negative values. Examples for this would be the objection that the EU is liberal/capitalistic/socialist. ... 'Soft Euroscepticism', by contrast, involves contingent or qualified opposition to European integration. It may take the form of ... opposition to measures designed to deepen significantly European political and economic integration ... or to particular policy initiatives and is expressed in terms of opposition to specific extensions of EU competencies. However, it is not incompatible with expressing broad support for the project (or a particular model) of European integration (Taggart/Sczcerbiak 2001, 10).

Insgesamt fassen die Autoren Euroskeptizismus eher als ein Element innerhalb des Parteienwettbewerbes auf und versuchen Auftreten und Ausmaß dieses Phänomens aus der entsprechenden Dynamik zu erklären: „the level of party-based Euroscepticism is not necessarily related to levels of popular Euroscepticism“ (Taggart/Sczcerbiak 2001, 12). Ideologische Positionen tragen aus dieser Sicht nicht maßgeblich zu einer Erklärung bei. Dagegen stellen die Position der Partei innerhalb des Parteienspektrums, die Aussicht auf Regierungsbeteiligung, *single-issue* oder *catch-all*-Struktur etc. relevante intervenierende Variablen dar.

In ihrer vergleichenden Studie bezüglich des Auftretens beider Formen des repräsentierten Euroskeptizismus in den politischen Systemen Mittel- und Osteuropas kommen die Autoren für Polen zu folgendem Ergebnis: Die beiden populistischen Protestparteien SO und LPR werden als hart euroskeptisch eingestuft; die PiS demgegenüber als weich euroskeptisch. Ta-

belle 2 zeigt, dass die auf die beiden harten euroskeptischen Parteien entfallenden Stimmanteile in den Sejm-Wahlen 2005 kaum eine Veränderung gegenüber den Wahlen 2001 aufweisen. Damals war der starke Zuwachs euroskeptischer Kräfte im polnischen Parlament im Zuge des sich konkretisierenden EU-Beitrittsprozesses wahrgenommen worden (Gaisbauer 2005b); ihre Position hat sich auch nach dem EU-Beitritt nicht verschlechtert. Im Unterschied zu 2001 hat jedoch PiS um 17,5% mehr Stimmen erreicht und ist zur stimmenstärksten Partei geworden. Seit Oktober 2005 führt sie eine Minderheitsregierung mit parlamentarischer Unterstützung von SO und der LPR. Beim zweiten Wahlgang zur Präsidentschaft ging der Bruder des Vorsitzenden von PiS, *Jarosław Kaczyński*, *Lech* als Sieger hervor (vgl. Tabelle 3). Wird Polen seit dem Spätherbst 2005 somit von einer Minderheitsregierung, die als weich euroskeptisch einzuschätzen ist – mit parlamentarischer Unterstützung durch zwei harte euroskeptische Parteien – und unter einem Präsidenten, der aus der weichen euroskeptischen Regierungspartei stammt, regiert?

Zunächst wäre zu klären, ob die Kategorisierung der drei Parteien nach wie vor zutrifft; danach, inwiefern sie (noch) aussagekräftig ist. Für diese Evaluierung werden drei Dimensionen herangezogen: die Positionierung der Partei im Rahmen des Europawahlkampfes, die Einbindung in die europäischen Parteienfamilien sowie die Positionierung zum Europäischen Verfassungsvertrag.

6.1. Positionierung im Europawahlkampf

Die Partei SO hat sich im Wahlkampf zum EP als euro-realistische Partei bezeichnet, was sich u. a. darin ausdrückte, dass sie die polnische EU-Mitgliedschaft als Gefahr darstellte. Als Lösung der Probleme wurde zwar nicht der EU-Austritt gefordert, doch immerhin die vollständige Neuverhandlung der Bedingungen der Mitgliedschaft, die als besonders nachteilig für Polen dargestellt wurden (Chan 2004, 18). Während sich der euroskeptische Radikalismus der SO in einer Brandmarkung der negativen wirt-

schaftlichen Bedingungen der Mitgliedschaft und einer nebulösen Referenz zu einem „Europa der Vaterländer“ (Samoobrona 2004) erschöpfte, zog die LPR mit nationalistisch-ideologischen Argumenten gegen die EU in den Wahlkampf. Auch sie argumentierte nicht offen für einen Austritt aus der EU. Andererseits warnte sie davor, dass die EU die nationale Souveränität und die christlichen Werte massiv gefährden würde – u. a. ließ sie ihren Slogan „Gestern Moskau, heute Brüssel“ aus ihrer Anti-Beitrittskampagne wieder aufleben (Szczzerbiak 2004, 5).

Während SO und LPR ihren Wahlkampf vorwiegend auf euroskeptische Inhalte abstellten, so gilt das für PiS nur zum Teil (Chan 2004, 18). Dies erklärt sich möglicherweise auch aus der Tatsache, dass PiS im Gegensatz zu den beiden anderen Parteien konkret auf eine Regierungsbeteiligung nach den nächsten Wahlen hoffen konnte. PiS war die einzige Partei, die im Rahmen ihres Wahlprogramms eine ausführliche Stellungnahme über ihre Vorstellungen über die Zukunft der europäischen Integration präsentierte. In ihrem „Europa der solidarischen Nationen“ tritt sie für eine stark intergouvernementalistisch organisierte EU ein, die sich jedoch andererseits durch ein besonders hohes Niveau von Transferzahlungen von reichen zu armen Mitgliedstaaten auszeichnen sollte (Szczzerbiak 2004, 5). PiS machte aber auch deutlich, dass die Bedingungen der EU-Mitgliedschaft nicht vorteilhaft genug seien, und dass es einer neuen Regierung bedürfe, um diese Bedingungen zu Polens Gunsten zu ändern (Chan 2004, 18).

6.2. Positionierung im Europäischen Parlament

Nach den Wahlen zog die LPR mit zehn, die SO mit sechs und die PiS mit sieben Mandaten ins EP ein. LPR schien sich am deutlichsten als euroskeptische Partei zu profilieren. Gemeinsam mit den Mandataren der *UK Independent Party* gründeten sie mit Unabhängigkeit/Demokratie eine neue Fraktion im Parlament. Mitte Dezember 2005 waren nach internen Streitigkeiten drei LPR-Abgeordnete aus der Fraktion

ausgetreten; sie gehören derzeit keiner Fraktion an.

Als ebenso keiner Fraktion zugehörig zogen die sechs Mandatare der SO ins Parlament ein. *Wiesław Kuc* und *Bogdan Golik* traten in die sozialdemokratische Fraktion ein, nachdem sie das von der Fraktionsführung geforderte Bekenntnis zum Europäischen Verfassungsvertrag abgelegt hatten.

Die Mandatare von PiS gründeten gemeinsam mit anderen Mandataren – u. a. der *Alleanza Nazionale* – die Fraktion Union für das Europa der Nationen (UEN). Das Gründungsdokument nimmt in der Einleitungspassage Bezug auf die zu respektierende Souveränität der Völker:

The European Parliament Members of the Union for Europe of the Nations Group united by the values that derive from the respect for the individual which form the basis of European civilisation and determined to defend the principles of liberty, solidarity and equality between individuals, convinced that the European Union can only be built and prosper if tradition, sovereignty, democracy and the identity of European peoples are respected (Europe of Democracies and Diversity 2004).

Konkrete Aussagen zum Integrationsprozess sind in diesem Gründungsdokument – abgesehen von einem Bekenntnis zum Binnenmarkt sowie zu einer GASP, die den nationalen Interessen nachgeordnet wird – nicht enthalten.

6.3. Positionierung zum Europäischen Verfassungsvertrag

Überraschender Weise hatte der Verfassungsvertrag im Rahmen des Europawahlkampfes keine herausragende Rolle gespielt. Dies war angesichts des unmittelbar bevorstehenden entscheidenden Gipfels, der die Regierungskonferenz endgültig abschließen sollte nicht zu erwarten gewesen. Nur zwei Parteien nahmen in ihren Kampagnen Bezug auf den Verfassungsvertrag: die LPR und die PiS. Erstere lehnte die Verfassung als Schritt in Richtung eines „europäischen Superstaates“ ab; demgegenüber forderte die PiS die Aufnahme der christlichen Werte in die Präambel und die Beibehaltung des Systems der Stimmen-

gewichtung wie sie der Nizza-Vertrag fest schrieb. Beide Parteien bedienten sich dabei patriotisch-nationalistischer Rhetorik (Szczerbiak 2004, 6).

In ihrem Wahlprogramm zu den Sejm-Wahlen hat sich PiS unter der Überschrift „Das Projekt einer Verfassung für Europa ist für Polen nicht gut“ wie folgt gegen den Europäischen Verfassungsvertrag ausgesprochen:

Über lange Zeit hinweg hat sich die europäische Politik nur um die Europäische Verfassung gedreht. Heute, nach ihrer Ablehnung durch mehrere Staaten, ist sie zum Glück eine Sache der Vergangenheit. Sie ist nur noch ein paar Bemerkungen wert. Unserer Meinung nach war das Konventsprojekt *Europäische Verfassung* sowohl für Polen als auch für den europäischen Integrationsprozess insgesamt schädlich. Unser Standpunkt ergibt sich aus folgenden Gründen: der Verfassungsvertrag übertrug den Institutionen der Union zu viele neue Kompetenzen; ersetzte das Nizza-System der Stimmengewichtung durch ein System, das die stärksten Staaten der Union bevorzugt, woraus sich eine Schwächung der Position Polens in den Institutionen der Union ergab; verneinte die Rolle des Christentums für die Herausbildung der moralischen und kulturellen Grundlagen unseres Kontinents ... und ermöglichte eine Art antichristliche Zensur im Rahmen der europäischen konstitutionellen Praxis¹² (Prawo i Sprawiedliwość 2005, 41f).

In der Abstimmung am 12. Jänner 2005 im Europäischen Parlament hatten dann auch alle Abgeordneten von PiS und LPR (sowie zwei Abgeordnete der PSL) gegen den Verfassungsvertrag gestimmt.

SO hatte sich nicht zum Thema geäußert. Das geforderte Bekenntnis zur Europäischen Verfassung bei der Aufnahme zweier ihrer Abgeordneten in die sozialdemokratische Fraktion im EP hatte offensichtlich keine größere Hürde dargestellt. SO kann dem Verfassungsvertrag gegenüber als indifferent eingestuft werden. Bei der Abstimmung über den Europäischen Verfassungsvertrag hatten sich vier Abgeordneten der SO enthalten; zwei hatten für die Verfassung gestimmt. Damit waren die Abgeordneten der SO deutlicher „pro-europäisch“ als die Abgeordneten der *Bürgerplattform* (PO), die sich mit der Ausnahme von *Pawel Piskorski* der Stimme enthalten hatten.

Die PO hatte sich im Wahlkampf nur am Rand mit dem Verfassungsvertrag beschäftigt, indem sie etwa das Nizza-System der Stimmengewichtung als optimalen Schutz vor einer Hegemonie der „großen“ Mitgliedstaaten darstellte. Andererseits hatte sich die PO in der Frage nach einem Referendumstermin stets für einen möglichst späten Zeitpunkt ausgesprochen. Begründet wurde dies ausdrücklich damit, dass es dadurch sehr wahrscheinlich sein würde, dass in der Zwischenzeit eine andere Nation den Verfassungsvertrag ablehnen würde – so etwa *Jacek Saryusz-Wolski*, Vizepräsident des Europäischen Parlaments. *Saryusz-Wolski* zeigte sich auch nach dem Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden im polnischen Fernsehen entsprechend guter Laune und meinte, dass nun einer Neuverhandlung nichts mehr im Wege stehen würde.¹³

6.4. Resümee über die Positionierungen der drei euroskeptischen Parteien

Zieht man nun die von Taggart/Szczerbiak (2001) formulierten Kriterien zur Einschätzung der Qualität des jeweils vertretenen Euroskeptizismus heran, so kann nach dem „theoretischen“ Kriterium der völligen Ablehnung jeder Art von europäischer Kooperation über die rein internationale Ebene hinaus noch am ehesten die LPR als hart euroskeptisch bezeichnet werden. Allein das politische Programm der *Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie* stellt ein offen anti-europäisches Manifest dar: „Rejection of the European Constitution; No to a European Superstate; Respect for traditional and cultural values; Democracy, freedom and co-operation between sovereign states; Respect for national differences and interests: freedom of votes“ (Independence und Democracy 2004). Im gesamten Diskurs der Partei findet sich kein Verweis auf eine alternative Variante der Integration à la „Europa der Vaterländer“ oder vergleichbare Konzepte.

Eine Einschätzung der SO hinsichtlich ihres Euroskeptizismus ist dagegen deutlich schwieriger. Auch in der „praktischen“ Variante der Ablehnung der derzeitigen Form der eu-

ropäischen Integration als die Verkörperung negativer Werte ist die Einordnung nicht wirklich gerechtfertigt. Mit ihrer ökonomistischen Kritik an den vermeintlich schlechten Bedingungen der Mitgliedschaft können keinerlei institutionelle Fragen entlang des Kontinuums intergouvernemental-supranational, aber auch keine Wertefragen festgemacht werden. Die SO kritisiert nicht die EU in ihrer vorherrschenden Form, sondern v. a. die polnischen Politiker und Diplomaten, die Polen (und hier vor allem die kleinen Landwirte) den Interessen der anderen Mitgliedstaaten in verräterischer Weise schutzlos ausgeliefert hätten. Auch mit Blick auf ihre Indifferenz gegenüber dem Europäischen Verfassungsvertrag und dem entsprechenden Abstimmungsverhalten kann SO derzeit nicht als hart euroskeptisch eingestuft werden.

Besonders schwierig stellt sich die Situation in Bezug auf PiS dar. Zwar ist die Partei in weiten Bereichen ihrer europapolitischen Konzepte weniger populistisch als LPR und SO. Ihre inhaltlichen Bezugnahmen auf die grundsätzliche Richtung des europäischen Integrationsprozesses sind aber zumindest rhetorisch von einer deutlichen Ablehnung der derzeitigen Reichweite der Vergemeinschaftung, anderer Wertefragen („anti-christliche Zensur“, invocatio Dei) und einer allgemein ablehnenden Positionierung zum Verfassungsvertrag gekennzeichnet, die eine Einstufung als hart euroskeptisch rechtfertigen würden.

Darüber hinaus würde selbst die aufgezeigte Positionierung der PO, die insgesamt als eindeutig pro-europäisch eingestuft wird, im Hinblick auf ihre Ablehnung des Verfassungsvertrags in die Kategorie weich euroskeptisch passen. Es liegt auf der Hand, dass die von Taggart/Szczerbiak (2001) entwickelten Kategorien in der ursprünglich vorgeschlagenen Variante nach den Entwicklungen des EU-Beitritts und des Europäischen Verfassungsvertrags offensichtlich nicht mehr ausreichend Trennschärfe besitzen, um zu aussagekräftigen Ergebnissen zu gelangen. Zudem widersprechen die Ergebnisse einer zentralen Annahme der Autoren: dass Regierungsverantwortung und harter Euroskeptizismus einander aus strategisch-taktischen Gründen bzw. der damit verbundenen

Kosten für die Partei ausschließen würden (Taggart/Szczerbiak 2002b, 26).

7. Ideologisch determinierter Euroskeptizismus polnischer Parteien

Kopecný/Mudde (2002, 300) nehmen kritisch auf den Ansatz von Taggart/Szczerbiak Bezug und stellen ihm ein alternatives Modell entgegen. Sie kritisieren, dass weicher Euroskeptizismus zu breit definiert sei, so dass beinahe jede Partei mit einer kritischen Bezugnahme auf auch nur eine bestimmte EU-Politik in diese Kategorie fallen würde. Dieser Kritikpunkt wird durch unsere oben problematisierte Einordnung der Bürgerplattform PO belegt.

Mit ihrem zweidimensionalen Kategorienschema wenden sie sich gegen den von Taggart und Szczerbiak vorgeschlagenen Zugang, die europapolitische Positionierung der Parteien vorwiegend aus wahltaktischen Überlegungen und daher innerhalb der Dynamik des Parteiensystems zu erklären und setzen demgegenüber eher auf ideologische Faktoren (siehe Abbildung 2). Ihre Typologie unterscheidet zwischen einer diffusen und einer spezifischen Unterstützung für die europäische Integration, d. h. zum

einen (mehr oder weniger starke bis fehlende) Unterstützung für die grundlegende Idee der europäischen Integration als supranationale Zusammenführung der europäischen Nationalstaaten („diffus“) von Unterstützung der konkreten Erscheinungsform dieser Ideen als Europäische Union („spezifisch“). Die erste, „diffuse“ Dimension kann kategorisiert werden zwischen „europhilen“ und „europhoben“ Haltungen und Ideologien; die zweite, „spezifische“ zwischen „EU-optimistischen“ und „EU-pessimistischen“ Haltungen und Ideologien.

Die vier daraus entstehenden Idealtypen von Parteienorientierungen in Bezug auf Europa werden wie folgt definiert: *Euroenthusiasten* vereinen eine „europhile“ ideelle Grundlage mit einer positiven Bezugnahme auf die EU. *Euroskeptiker* dagegen zeichnen sich durch dieselbe ideelle Bezugnahme auf die grundsätzliche Idee einer europäischen Integration in Kombination mit einer kritischen Bezugnahme auf die EU aus. *Eurorejects* sind die in beiden Dimensionen pessimistischen bzw. ablehnenden Parteien. Als *Europragmatiker* schließlich bezeichnen die Autoren schließlich jene Parteien, die zwar die Idee der europäischen Integration an sich ablehnen, jedoch aus meist utilitaristischen Überlegungen die EU als positiv (für die

Abbildung 2: Idealtypen der Europaorientierung

		Haltung zur EU	
		EU-optimistisch	EU-pessimistisch
Haltung zur europäischen Integration	europhil	Euroenthusiasten	Euroskeptiker
	europhob	Europragmatiker	Eurorejects

eigene Wählerschaft/Klientel) einschätzen (Kopecký/Mudde 2002, 301). Die Autoren geben der ideologischen Überzeugung den Vorzug bei der Erklärung von europapolitischen Orientierungen gegenüber strategischen Faktoren, die sich aus der Konkurrenz innerhalb des Parteiensystems ergeben. Daraus folgern die Autoren, dass Parteipositionen sich nur in der horizontalen Dimension ihrer Typologie ändern können.

Zu welchen Ergebnissen gelangen die Autoren nun für das polnische Fallbeispiel? Die PO, die bis zum Herbst 2005 regierende SLD, die PSL, sowie die UW werden als Euroenthusiasten eingestuft. Als *eurorejects* werden SO und die LPR kategorisiert; PiS schließlich als Euroskeptiker (Kopecký/Mudde 2002, 316). Die genaue Grundlage dieser Einordnungen wird aber in den vorliegenden Beiträgen weder thematisiert noch expliziert.

Unter Heranziehung der weiter oben analysierten Positionierung der Parteien im EP-Wahlkampf, im Europäischen Parlament und in Bezug auf den Europäischen Verfassungsvertrag fällt es schwer, die PO eindeutig im euroenthusiastischen Feld zu verorten. Abhängig von der weiteren Entwicklung in der Frage des Verfassungsvertrages wird sich in Zukunft zeigen, ob die PO weiter mit euroskeptischen Inhalten kokettiert und im euroskeptischen Lager zu verorten sein wird.

Aufgrund der analysierten Daten gibt es hingegen keinen Grund, die Kategorisierung von PiS als euroskeptisch zu ändern. Mit einem grundsätzlichen Bekenntnis zur europäischen Integration verbindet sie eine weit vom *acquis* der Union entfernte Vision von einem Europa der solidarischen Nationen. Auch die Einordnung der LPR als *eurorejects* macht nach wie vor Sinn, da sich deren Positionen bisher nicht verändert haben.

Ist das Modell für die bisher analysierten Fälle durchaus aussagekräftig, so stellt sich das Problem der Einordnung der SO. Die von den Autoren vorgenommene Kategorisierung als *eurorejects* kann aufgrund der vorliegenden Daten nicht (mehr) nachvollzogen werden. Neben einer vagen Positionierung für ein „Europa der Vaterländer“, liegen allein kritische Bezug-

nahmen auf die Bedingungen der EU-Mitgliedschaft vor. Der populistische Diskurs der Partei weist keinerlei „europhobe“ Gehalte auf; eine EU-pessimistische Haltung nur insofern, als Polen als „Mitglied zweiter Klasse“ konstruiert wird. Die Schuld daran wird aber maßgeblich polnischen Politikern gegeben. Die EU an sich wird nicht in Frage gestellt. SO erscheint damit ähnlich zweideutig zwischen Euroskepsis und Euroenthusiasmus zu liegen, wie die PO – wenn sich auch deren Politikstile wesentlich von einander unterscheiden. Was folgt daraus für die Erklärungskraft des Modells?

Wie oben angeführt erwarten Kopecký und Mudde keine Änderung von „Euroreject“-Positionen hin zu Euroskeptikern oder Euroenthusiasten bzw. umgekehrt. In unserer Analyse kommen wir für den Fall von SO aber genau zu diesem Ergebnis – eine Abweichung, die durch die unklare Lage zwischen euroskeptisch und euroenthusiastisch noch verstärkt wird. Die Autoren gestehen zwar zu, dass auch dieser Wandel denkbar wäre, jedoch nur unter Inkaufnahme eines vollständigen ideologischen Wandels der Partei oder einer fundamentalen Neubewertung des gesamten Integrationsprozesses; beide Punkte sind in naher Zukunft nicht zu erwarten und wären auch mit hohen Kosten für die Partei verbunden (Kopecký/Mudde 2002, 320). Dies lässt darauf schließen, dass für diesen Fall die „ideologische“ Erklärung für europapolitische Orientierungen nicht aussagekräftig ist, sondern eher (wahl-)strategische Erklärungen zutreffen.

8. Rekapitulation: Ideologie oder Strategie?

Die vorliegende Untersuchung euroskeptischer Haltungen und Parteipositionen in Polen nach dem EU-Beitritt kommt zu dem Ergebnis, dass das Wählerpotential für euroskeptische Parteien seit dem EU-Beitritt gesunken ist und selbst im Fall maximaler Mobilisierung deutlich unter 25% liegt. Eine Analyse der Europawahlen 2004 zeigt aber auf, dass selbst bei diesen Wahlen nur ein geringer Teil der Wahlberechtigten Parteien bzw. Mandatare auf

Grund der von ihnen vertretenen europolitischen Positionen wählt. Der relative Erfolg euroskeptischer Parteien kommt hauptsächlich auf Grund anderer Faktoren zustande. Immerhin stellt aber für eine große Anzahl der Wahlberechtigten eine euroskeptische Parteiorientierung zumindest keinen ausreichenden Grund dar, eine Partei nicht zu wählen. Dies hat aber nachhaltige Auswirkungen auf die tatsächliche Europapolitik, wie etwa die Abstimmung im Europaparlament zum Europäischen Verfassungsvertrag zeigte. Daher wurde in diesem Beitrag weiters die Frage aufgeworfen, ob euroskeptische Parteien ihre Positionen eher aus ideologischen oder aus wahltaktischen Gründen beziehen. Letzteres würde eher pragmatische Positionen in der realen Europapolitik erwarten lassen.

In der Analyse zeigte sich, dass jenes Modell, das den Parteienwettbewerb ins Zentrum der Erklärung stellt, (mittlerweile) problematische Kategorien anbietet, die im Endeffekt zu einer Widerlegung bedeutender Hypothesen führten. Das Modell bedarf dringender Ergänzung und Adaptionen und leistet nur einen Teil der nötigen Erklärungen. Das Konkurrenzmodell, das auf ideologische Faktoren abzielt, wurde ebenfalls in einer Hauptannahme widerlegt und sollte ebenfalls überdacht werden.

Folgende Ergebnisse lassen sich aus den jeweiligen Analysen ablesen: SO ist eine euroskeptische Partei, die aus wahltaktischen Gründen europapolitische Positionen bezieht, die nicht von einer längerfristigen Bedeutung sein müssen. Die LPR stellt hingegen eine radikal euroskeptische Partei (Euroreject bzw. hart euroskeptisch) dar, deren Position ideologisch bedingt ist. Es ist mittelfristig keine Änderung dieser Position zu erwarten. Der Euroskeptizismus von PiS ist am schwierigsten zu klassifizieren – hier scheinen sowohl ideologische als auch wahltaktische Faktoren eine Rolle zu spielen und es ist schwer absehbar, wie weit die ideologischen Positionen einer pragmatischen Europapolitik im Wege stehen werden. Die Duldung der PiS-geführten Minderheitsregierung durch SO dürfte dabei aber kaum zum Problem werden; die Rolle der LPR ist auch in diesem Zusammenhang schwieriger einzuschätzen.

Das am meisten stabilisierende Faktum stellt aber mit Sicherheit die deutlich pro-europäische Orientierung der breiten Massen der polnischen Bevölkerung dar.

ANMERKUNGEN

- 1 Die im Vertrag von Nizza festgelegte Verteilung der Sitze im EP war für eine Union der 27 Mitglieder, d.h. einschließlich Rumäniens und Bulgariens erstellt worden; Polen erhielt 50 Sitze zugesprochen. Im Beitrittsvertrag wurden dann die freien Sitze unter den 25 Mitgliedstaaten aufgeteilt (Podraza 2005, 45).
- 2 Sojusz Lewicy Demokratycznej – Unia Pracy.
- 3 Polskie Stronnictwo Ludowe.
- 4 Platforma Obywatelska.
- 5 Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej.
- 6 Socjaldemokracja Polska.
- 7 Liga Polskich Rodzin.
- 8 Prawo i Sprawiedliwość.
- 9 Unia Wolności.
- 10 In der englischsprachigen Literatur wird dies als *popular euroscepticism* bezeichnet.
- 11 Im Englischen meint *party-based euroscepticisms* sowohl den tatsächlich repräsentierten (im engen Wortsinn) als auch den vermeintlich repräsentierten Euroskeptizismus.
- 12 Eigene Übersetzung aus dem Polnischen. Der letzte Punkt ist eine Anspielung auf die Zurückweisung Rocco Buttigliones als Mitglied der Europäischen Kommission durch das Europäische Parlament.
- 13 Freilich gab es aus Sicht der Opposition noch eine andere, ebenso zu berücksichtigende Logik, für die Position eines möglichst späten Referendumstermins. Führende Kräfte der Regierungspartei SLD wollten das Referendum zusammen mit den Sejm- bzw. Präsidentschaftswahlen abhalten, um von der pro-europäischen Stimmung der Bevölkerung zu profitieren.

LITERATURVERZEICHNIS

- Andersen, Jorgen G./Karl Kaltenthaler* (1996). Dynamics of Public Opinion Toward European integration, in: *European Journal of International Relations*, 2 (2), 175–199.
- Arnaud, Jean-Louis* (2000). France and Europe. The European debate in France at the start of the French presidency, *Notre Europe*, Research and Policy Papers No. 10, Brussels.
- Borre, Ole* (2000). Critical Issues and Political Alienation in Denmark, in: *Scandinavian Political Studies*, 23 (4), 285–309.
- Chan, Kenneth* (2004). Central and Eastern Europe in the 2004 European Parliament Elections. A not so

- European event, Sussex European Institute Working Paper No. 81/Opposing Europe Research Network Working Paper No. 16, Sussex.
- Cybulska, Agnieszka (2004). Wybory do Parlamentu Europejskiego [Die Wahlen zum Europäischen Parlament], CBOS BS/95/2004, Warschau.
- European Commission (2004). Flash Eurobarometer 162, Post European elections 2004 survey, Brussels.
- Europe of Democracies and Diversity (2004). Founding Charta. Internet: www.europarl.eu.int/uen.
- Independence and Democracy (2004). Political Programme. Internet: www.europarl.eu.int/indem.
- Kopecký, Petr/Cas Mudde (2002). The two sides of Euroscepticism. Party Positions on European Integration in East Central Europe, in: *European Union Politics*, 3(3), 297–326.
- Kritzinger, Sylvia (2003). The Influence of the Nation-State on Individual Support for the European Union, in: *European Union Politics*, 4(2), 219–241.
- Lawler, Peter (1997). Scandinavian Exceptionalism and the EU, in: *Journal of Common Market Studies*, 35(4), 565–594.
- Marsh, Michael (1998). Testing the Second-Order Election Model after Four European Elections, in: *British Journal of Political Science*, 28(4), 591–607.
- Maurer, Andreas/ Simon Schunz (2004). Die Textur der Krise: Europas Verfassungsgebungsprozess in der Verlängerung, SWP-Diskussionspapier, Berlin.
- Milner, Susan (2000). A healthy scepticisms? in: *Journal of European Integration*, 22(1), 1–13.
- Mudde, Cas (2004). EU Accession and a New Populist Centre-Periphery Cleavage in Central and Eastern Europe, Harvard University Center for European Studies, Central and Eastern Europe Working Paper No. 62, Cambridge, Mass.
- Państwowa Komisja Wyborecza [Staatliche Wahlkommission] (2005a). Wybory do Sejmu RP i do Senatu RP 2005r [Die Wahlen zum Sejm der Republik Polen und zum Senat der Republik Polen 2005]. Internet: <http://www.pkw.gov.pl>.
- Państwowa Komisja Wyborecza [Staatliche Wahlkommission] (2005b). Wybory Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej zarządzone na dzień 9 października 2005r [Die Wahl des Präsidenten der Republik Polen, durchgeführt am 9. Oktober 2005]. Internet: <http://www.pkw.gov.pl>.
- Państwowa Komisja Wyborecza [Staatliche Wahlkommission] (2001). Wybory do Sejmu RP i do Senatu RP 2001r [Die Wahlen zum Sejm der Republik Polen und zum Senat der Republik Polen 2001]. Internet: <http://www.pkw.gov.pl>.
- Podraza, Andrzej (2005). EU Eastern Enlargement and Poland, in: Anselm Skuhra (Hg.): *The Eastern Enlargement of the European Union. Efforts and Obstacles on the Way to Membership*, Innsbruck/Wien/Bozen, 31–52.
- Prawo i Sprawiedliwość (2005). IV Rzeczpospolita. Sprawiedliwość dla Wszystkich [Die IV. Republik. Gerechtigkeit für alle]. Program 2005, Warschau.
- Reif, Karl/Hermann Schmitt (1980). Nine Second-Order National Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: *European Journal of Political Research*, 8(1), 3–44.
- Roguska, Beata (2005). Ocena pierwszego roku członkostwa Polski w Unii Europejskiej [Die Beurteilung des ersten Jahres der Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union], CBOS BS/115/2005, Warschau.
- Samoobrona RP (2004). Dlaczego kandydujemy do Parlamentu Europejskiego z lista Andrzeja Leppera proponowany przez Komitet Wyborczy Samoobrona RP? [Warum wir auf der Liste Andrzej Leppers auf Vorschlag des Wahlkomitees der Selbstverteidigung zum Europäischen Parlament kandidieren] Presseausendung vom 27.05.2004. Internet: www.samoobrona.pl.
- Schmitt, Hermann (2005). The European Parliament Elections of June 2004. Still Second-Order?, in: *West European Politics*, 28(3), 650–679.
- Sørensen, Catharina (2004). Danish and British Euroscepticism, DIIS Working Paper No. 25, Copenhagen.
- Szczerbiak, Aleks (2004). 2004 European Parliament Election Briefing No 1. The European Parliament Election in Poland June 13 2004, Sussex European Institute. Internet: <http://www.sussex.ac.uk/sei/1-4-2.html>.
- Taggart, Paul (1998). A touchstone of dissent. Euroscepticism in contemporary Western European party systems, in: *European Journal of Political Research*, 33(3), 363–388.
- Taggart, Paul/Aleks Szczerbiak (2001). Parties, Positions and Europe. Euroscepticism in the EU Candidate States of Central and Eastern Europe. Sussex European Institute Working Paper No. 46/Opposing Europe Research Network Working Paper No. 2, Sussex.
- Taggart, Paul/Aleks Szczerbiak (2002a). Europeanisation, Euroscepticism and Party Systems. Party-based Euroscepticism in the Candidate States of Central and Eastern Europe, in: *Perspectives on European Politics and Society*, 3(1), 33–41.
- Taggart, Paul/Aleks Szczerbiak (2002b). The Party Politics of Euroscepticism in EU Member and Candidate States, Sussex European Institute Working Paper No. 51/Opposing Europe Research Network Working Paper No. 6, Sussex.

AUTOR

Helmut P. GAISBAUER ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Geschichts- und Politikwissenschaft der Universität Salzburg und leitet dort die Arbeitsgruppe European Union Studies. Arbeitsschwerpunkte: EU-Erweiterung, Konstitutionalisierung der EU, Polen.

Kontakt: Fachbereich Geschichts- und Politikwissenschaft, Universität Salzburg, Rudolfskai 42, A-5020 Salzburg.

E-mail: helmut.gaisbauer@sbg.ac.at